

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:

Eric Ehringhaus, Berlin.

Postfach: Karl Stern 4125/4126



Abdruck für Verlag und Veröffentlichung:

Zehn 02 01, Zeile - Wilms - Platz 6

Druckort: Cöpenick

Die Gestaltung erfolgt im Collotype.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung des Verlegers zu übernehmen.
Der Druck ist nur auf Grund eigener Verantwortung des Verlegers zu übernehmen.

Berlin, den 4. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Her zu uns!

SPD. Am Sonntag liefern wir der Reaktion in Deutschland ein Gefecht! Eine letzte grosse Anstrengung in letzter Stunde ist erforderlich. Es gilt, die Macht und die Stärke der Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft zu zeigen!

Die Sozialdemokratische Partei ist der Turm der Freiheit! An seinen unbezwingbaren Mauern muss sich die Sturmflut der Reaktion brechen. Das Treiben von Nationalsozialisten und Kommunisten hat den Kräften des Feudalismus Mut gemacht. Reaktionäre Gespenster sind wieder hervorgekrochen aus den Löchern, in die sie die Sozialdemokratie gebannt hatte. Das ostelbische Junkertum, frech, machtgierig, raublüstern, will seine Herrschaft über das deutsche Volk neu errichten mit Klassenwahlrecht und Herrenhaus, mit Hohenzollerngeschmeiss und Königtum!

Am Schweife des Junkertums marschieren die Exprinzen aus dem Hohenzollernhause, die Generäle und die Industrieritter, das ganze Geschmeiss der politischen und sozialen Reaktion. Sie sehen bereits das Volk geknebelt am Boden liegen, den Stiefel der Barone im Nacken!

Auf zum Kampf gegen die Feinde des Volkes! Wehrt euch gegen die Anschläge auf die Rechte des Volkes! Am Sonntag schlagen wir eine Schlacht gegen die Gespenster der Vergangenheit, am Montag werden wir den Kampf weiter führen, unablässig, unermüdlich, bis der Feind endgültig am Boden liegt, um nie wieder aufzustehen!

In unserem Lager ist die Freiheit, ist das Recht und die Ehre des Volkes! In unserem Lager ist die politische Vernunft! Wir sind die Garanten einer besseren Zukunft des Volkes! Wir sind verantwortlich dafür, dass der politische Irrsinn im Bunde mit der Reaktion nicht das Volk überrennt!

Mit zorniger Entschlossenheit werden wir den Kampf führen! Wir brandmarken vor dem Volke die Parteien, die mit irrsinnigen Hetzparolen, mit widerlichsten Lügen und gewissenlosen Methoden den Boden für die Feinde der Volksrechte bereitet haben. Wir klagen die Kommunisten und die Nationalsozialisten an, dass sie die Interessen des Volkes mit Füßen getreten haben! Wir klagen sie an der Arbeit für die Reaktion!

In der Stunde des Kampfes und der Gefahr halten wir das stolze Banner der Sozialdemokratie hoch empor! Gegenüber der irrsinnigen Demagogie verweisen wir stolz auf unsere Taten. Wir haben das Volk emporgeführt! Der Besitz der arbeitenden Massen an Bildung, an Recht, an Kraft, an Selbstbewusstsein - unser Werk! Der Anstieg der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft aus den Elendszeiten des vorigen Jahrhunderts bis zum Beginn der Krise - unser Werk! Die Freiheit des Volkes - unser Werk!

Jetzt die Fahne hoch gegen den Ansturm der Reaktion! Was wir geschaffen

haben, werden wir verteidigen, niemand soll es uns und dem Volke rauben!
Her zu uns - so dröhnt unser Ruf in letzter Stunde! Stärkt unsere Reihen! Stärkt sie für die Wahl, stärkt sie für die nach der Wahl kommenden Kämpfe!

Am Sonntag aber gilt es das laute Bekenntnis in Masse:
für die Sozialdemokratie!
für Liste 2!

SPD. Darmstadt, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

In Auerbach an der Bergstrasse verfolgten mehrere Nationalsozialisten in der Nacht zum Freitag zwei Reichsbannerleute und misshandelten sie so schwer, dass beide ins Krankenhaus geschafft werden mussten. Sechs Nationalsozialisten wurden dem Richter zugeführt, der Haftbefehl gegen sie erliess.

SPD. Die Preussen-Kommissare der Papen-Barone bestätigen, dass sie einen grossen Beamtenschub planen. Allerdings sollen nach ihren Erklärungen nicht nur Republikaner auf der Strecke bleiben. Nur werden die Herrschaften daran selbst nicht glauben, denn die Richtung der bisherigen Personal-Politik der Papen-Barone ist so eindeutig, dass über ihre weiteren Pläne und Ziele nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Wie bisher so wird auch in Zukunft das deutsch-nationale Parteibuch und der Adelstitel für die Beförderung von Beamten massgebend sein. Wie sollte schliesslich auch ein Mann wie Zwickel-Bracht, der alles was er war und wurde ausschliesslich dem Parteibuch verdankt, anders können?

Der republikanischen Beamtenschaft aber zeigt die Bestätigung des bevorstehenden Personalschubs mit den unausbleiblichen Schikanen, was die Stunde geschlagen hat.

SPD. Karlsruhe, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Als Nachfolger des verstorbenen Innenministers der badischen Regierung Meier wird die Sozialdemokratie den Bürgermeister Dr. Kraus-Mainz vorschlagen. Kraus ist geborener Badener. Er war badischer Landtagsabgeordneter und vor seiner Wahl zum Bürgermeister in Mainz Bürgermeister in Kehl am Rhein.

SPD. Da über den Inhalt und die Richtung der Forderungen, welche die Preussische Staatsregierung auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs erhebt, in der Öffentlichkeit weiterhin unrichtige Darstellungen verbreitet werden, hat die preussische Staatsregierung am Freitag das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Reichspräsidenten der Öffentlichkeit übergeben. In dem Brief heisst es u.a.:

"Die Preussische Staatsregierung ist übereinstimmend der Auffassung, dass das Reich seine Pflicht, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober d. J. durchzuführen, bisher nicht erfüllt hat. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes spricht mit aller Deutlichkeit aus, dass eine Pflichtverletzung des Landes Preussen gegenüber dem Reich nicht vorlag und dass daher Artikel 48 Absatz 1 gegen das Land Preussen nicht anwendbar war. Zum Absatz 2 des Artikels 48 erklärt ferner der Staatsgerichtshof mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, dass es unzulässig war, die Preussischen Staatsminister auf Grund dieser Vorschrift auch nur vorübergehend ihrer Ämter zu entheben, dass

dass dies aber tatsächlich geschehen sei und zwar sogar in der Weise, dass die Minister endgültig ihrer Ämter enthoben werden sollten.

Die Staatsminister müssen es nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zwar dulden, dass Zuständigkeiten des Landes in weitem Umfange vorübergehend auf das Reich übertragen werden, sie haben aber Anspruch darauf, dass sie in ihr Amt als Staatsminister und als Landesregierung ohne jeden Vorbehalt wieder eingesetzt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Die Preussischen Staatsminister sind am 20. Juli aus ihren Ämtern mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt entfernt worden. Gleichzeitig sind sie in einer Rundfunkrede des Reichskanzlers vor ganz Deutschland und dem Ausland der Pflichtverletzung gegen das Reich beschuldigt und öffentlich angeprangert worden. Wenn nunmehr nach drei Monaten der Staatsgerichtshof die Unzulässigkeit dieses Verfahrens feststellt, so wäre es die Pflicht der Reichsregierung, ihr damaliges Verhalten durch klare und eindeutige Handlungen wieder gut zu machen.

In erster Linie habe ich namens der Staatsregierung den Wunsch ausgesprochen, dass nunmehr die Verordnung vom 20. Juli aufgehoben und von allen Sondermassnahmen in Preussen abgesehen wird. Wenn Sie, Herr Reichspräsident, es nicht für möglich gehalten haben, diesem Wunsche zu entsprechen, so bedauert dies die Staatsregierung aufrichtig, fügt sich aber selbstverständlich denjenigen Anordnungen, zu denen Sie nach der Verfassung und der Auslegung der Verfassung durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs befugt sind. Umsomehr war es aber unter diesen Umständen die Pflicht der Kommissare des Reichs, der verfassungsmässigen Landesregierung mit der erforderlichen sachlichen und formellen Achtung ihrer Rechte zu begegnen. ...Aber in derselben Stunde, in der ich mit dem Herrn Reichskommissar bei Ihnen, Herr Reichspräsident, weilte und in der Sie selbst eine loyale Zusammenarbeit forderten, zu der ich mich rückhaltlos bereit erklärte, hat der Herr Reichskommissar eine tief in die Organisation der preussischen Ministerien einschneidende Verordnung in der Preussischen Gesetzsammlung ausdrucken lassen, ohne auch nur den Versuch zu einer vorherigen Fühlungnahme zu machen. Diese Verordnung wurde überdies, ebenso wie spätere Verordnungen, wieder mit der Unterschrift "Preussisches Staatsministerium, mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt" versehen, obwohl die Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Unzulässigkeit einer solchen Zeichnung mit klaren Worten ausspricht. Denn sie sagt ausdrücklich, dass an die Stelle der Landesregierung, auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden kann und dass die Reichskommissare nur als Reichsorgane handeln dürfen.

Die Stellung als Regierung des grössten deutschen Landes und die Aufgaben der Vertretung des Landes gegenüber dem Reich und den anderen Ländern, die Behandlung der Angelegenheiten des Reichsrats, Staatsrats und Landtags machen es notwendig, dass die Staatsminister die damit zusammenhängenden Geschäfte in dem geordneten Apparat erledigen können der dazu bestimmt ist. Die Herren Reichskommissare machen aber den Herren Staatsministern in dieser Beziehung die grössten Schwierigkeiten. Der Verkehr der Minister mit ihren eigenen Beamten, selbst derjenige mit den stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat, ebenso ihre Arbeit mit denamtlichen Akten wird von den Kommissaren kontrolliert und überwacht. Er wird äusserlich so schwierig gestaltet, dass er an diesen technischen Schwierigkeiten geradezu scheitern muss.

Zur Wiedereinsetzung in die Ämter gehört es der Natur der Sache nach, dass jedem Minister seine Amtsräume zur Ausübung der ihm zustehenden Befugnisse als Landesminister zur Verfügung gestellt werden. Den Vorschlag, dem unterzeichneten Preussischen Ministerpräsidenten, dem Herrn Staatsminister Severing und anderen Ministern Diensträume in den Räumen des Ministeriums für Volkswohlfahrt bereitzustellen, kann die Landesregierung nicht als genügende Wiedereinsetzung der Minister in ihre Ämter ansehen. Sie entnimmt hieraus im Gegenteil den Willen, sie von ihren Ämtern fernzuhalten. Es ist eine grundsätzlich falsche Auffassung, dass der Reichskommissar den Landesministern Diensträume zuweist. Es ist vielmehr Sache der Landesregierung, dem Reichskommissar die

erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Dabei verbietet es sich von selbst, dass der Herr Reichskommissar die Räume der Minister selbst in Anspruch nimmt.

In dem Bestreben, eine friedliche Verständigung herbeizuführen, ist mein Vertreter so weit gegangen, vorzuschlagen, dass ich Herrn Reichsminister Dr. Bracht Diensträume im Dienstgebäude Wilhelmstrasse 63 überlasse und dass ich selbst das Haus Wilhelmstrasse 64, in dem sich meine Dienstwohnung befindet, in Anspruch nehme. Ich wäre mit dieser Lösung im Interesse des Friedens einverstanden gewesen. Selbst auf diesen weitgehenden Vermittlungsvorschlag ist jedoch eine abschlägige Antwort erfolgt.

Von allgemeinen Gepflogenheiten, ja sogar den internationalen Gepflogenheiten würde es entsprechen, dass eingesetzte Reichskommissare sich zunächst bei der Landesregierung persönlich in ihrer Eigenschaft vorstellen und mit ihr in Fühlung treten. Weder der Herr Reichskanzler als Kommissar noch sein Stellvertreter haben es bisher für nötig gehalten, dieser selbstverständliche Pflicht unter den neuen Umständen Genüge zu tun. Aber auch die neuernannten Kommissare haben dies nicht getan. Herr Reichsminister Popitz hat am Diensta im Gebäude des Preussischen Finanzministeriums sogar das Zimmer des vom Staat gerichtshof als aktiver preussischer Staatsminister anerkannten Staatsministers Klepper in Besitz genommen, ohne sich auch nur mit Herrn Minister Klepper darüber in Verbindung zu setzen, wie dies selbst in Kriegszeiten bei ausländischer Besetzung üblich wäre.

Nach Artikel 19 Absatz 2 der Reichsverfassung vollstreckt der Reichspräsident das Urteil des Staatsgerichtshofes. Zugleich ist der Reichspräsident diejenige Instanz, welche nachzuprüfen hat, ob der Reichskommissar bei seinen Massnahmen sachgemäss verfahren ist. Namens der Preussischen Staatsregierung bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, die loyale Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu veranlassen. Zugleich bitten wir Sie, die wenig ritterliche Art und Weise, in der Kommissare des Reichs die Mitglieder der rechtmässigen Landesregierung Preussens behandeln, abzustellen. Wir bitten Sie Herr Reichspräsident, durch Ihre Anweisung es dem Lande Preussen und dem Reiche zu ersparen, dass nochmals der Staatsgerichtshof angerufen werden muss."

SPD. Darmstadt, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Staatspräsident Dr. Adlung hat sich in den letzten Tagen in mehreren grossen Kundgebungen der Eisernen Front u.a. auch zu den Auseinandersetzungen geäußert, die sich an die Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held angeschlossen haben.

Adlung führte u.a. aus: Es sei eigentlich verwunderlich, dass die Reichsregierung sich überrascht zeige. Auf der Ministerbesprechung in Stuttgart wäre ihr klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, dass die Länderregierungen gegen das Vorgehen gegen Preussen schärfste Bedenken hätten und es als nicht dem Sinn und Geist der Verfassung entsprechend bezeichnen könnten. Das Verhältnis zwischen Reich und Preussen sei im übrigen das Kernstück der Reichsverfassung und lasse sich nicht aufgrund des Artikels 48 lösen. An dieser Auffassung vorwiegend der süddeutschen Regierungen habe sich inzwischen nichts geändert. Die Auslegung des Leipziger Urteils durch die Reichsregierung sei wahrhaftig nicht geeignet, den Widerspruch der Länderregierungen zu mildern. Zu der ablehnenden Stellung, die Dr. Held zum Ausdruck gebracht habe und den Ansichten der übrigen Länderregierungen bestehe in sachlicher Beziehung keinerlei Gegensatz.

Man solle allerdings auch hier klare Fronten schaffen. Das gelte besonders bezüglich des Verhaltens der Nationalsozialisten. Bei der Länderbesprechung in Stuttgart seien die Vertreter der von den Nationalsozialisten besetzten

Regierungen von Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt die eifrigsten Befürworter des Vorgehens der Reichsregierung gegen Preussen gewesen, während jetzt die nationalsozialistische Presse schreibe, es sei "sich auch tatsächlich niemand im Unklaren über die Verfassungswidrigkeit aller Experimente, die auf die Ausschaltung der preussischen Hoheitsrechte im Sinne der Reichsreformpläne der Regierung hinauslaufen." Hier zeige sich ein hohes Mass politischer Falschmünzerei. In Wort und Schrift hätten die Nationalsozialisten seinerzeit die Reichsregierung zum Einschreiten in Preussen aufgefordert. Die Nationalsozialisten hätten die Regierung Papen und ihr Vorgehen gegen Preussen mit Hosianna begrüsst. Jetzt aber riefen sie kreuzige ihn. Es müsse das Streben aller demokratisch gerichteten Kreise in Deutschland sein, die grossen Gefahren zu erkennen, die in der Auslegung der Verfassungsbestimmungen durch die Reichsregierung lägen.

SPD. Schweidnitz, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Hauptbahnhof in Schweidnitz wurde ein in Bögendorf Kreis Schweidnitz wohnhafter Reichsbannermann namens Schackschal, der sich auf dem Heimweg von einer Löbe-Kundgebung der Eisernen Front befand, von mehreren uniformierten Nationalsozialisten überfallen und niedergestochen. Der Ueberfallene trug mehrere schwere Messerstiche davon und musste sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

Die furchtbare Bluttat der schlesischen Hakenkreuzler findet ihre Erklärung in der erregten Atmosphäre, die gegenwärtig in Schweidnitz aus Anlass des vor dem dortigen Landgericht verhandelten Reichenbacher Attentatsprozesses herrscht. Schweidnitz gleicht seit Donnerstag früh einem braunen Heerlager. Hunderte von SA-Leute treiben sich in den Strassen herum und terrorisieren, ohne dass die Polizei wirksam eingreift, politisch Andersgesinnte. Die moralische Verantwortung für den blutigen Ueberfall trägt wieder der berühmte Fememörder Heines, auf dessen Befehl die Nazi-Terroristen in Schweidnitz zusammengezogen wurden.

Die Gauleitung des Reichsbanners in Breslau hat beim Breslauer Regierungspräsidenten gegen das Treiben der Nazis in Schweidnitz Vorstellungen erhoben und die sofortige Beseitigung der hakenkreuzlerischen Terrorbanden aus Schweidnitz gefordert.

SPD. Genf, 4. November (Eig. Drahtb.)

Die Rede, die der französische Kriegsminister Paul Boncour am Freitag vor dem Büro der Abrüstungskonferenz hielt, enthielt zwei sehr wesentliche Ergänzungen der Kammerrede Herriots über den französischen Abrüstungsplan. Die erste war die aus dem Tardieu-Plan übernommene Beibehaltung und Verteilung des schweren Angriffsmaterials. Die andere die Aufstellung des Grundsatzes, nach dem die Formen der Verteidigungsmiliz nicht nach der Bevölkerungsziffer, sondern nach den Aushebungsmöglichkeiten der Nachbarländer festzusetzen sei.

Paul Boncour begann mit der Feststellung, dieser Plan sei gewiss ein Zeugnis des tiefen Willens des französischen Volkes zum Frieden. Aber genau genommen sei es kein spezifisch französischer Plan, sondern das Suchen nach dem, was hier einigen könne, um die Katastrophe zu vermeiden. Der Plan sei inspiriert von der Gesamtheit der Vorschläge, die der Konferenz unterbreitet worden wären. Die Stunde zur Ueberwindung der Schwierigkeiten sei gekommen. Die erste der Leitideen des Planes sei die Berücksichtigung der Verschiedenheiten von Abkommen, die er umfasse, da grosse Staaten hier mitarbeiteten, die nicht durch den Völkerbundspakt gebunden seien. Daher müsse auch der

Kellogg-Pakt als einigende Grundlage hinzugenommen und seine eigenen Worte zu Hilfe genommen werden. Der zweite Zirkel werde gebildet durch den Völkerbundspunkt und die Verträge von Locarno. Endlich müssten zwischen Staaten eines Kontinents innerhalb der beiden Paktkreise gegenseitige Abmachungen möglich sein über eventuelle gegenseitige Hilfe in bestimmten präzisen Fällen. Diese Abmachungen hätten als erstes Ziel die Verhinderung plötzlicher Ueberraschungen, um dem Völkerbund die tödliche Gefahr zu ersparen, dass er erst eingreifen könne, wenn ein Land vielleicht schon den Friedensbrecher weit in seinen Grenzen sehe. Daher müssten Formen von Armeen geschaffen werden, die eine gemeinsame gleiche Verminderung gestatteten und eine Anwendung im vorbeschriebenen Sinne. Seine Regierung habe daher nach der Heeresreform gesucht an Hand der Feststellung, dass die Verschiedenheit der Heeresformen in Kontinentaleuropa ein unübersteigliches Hindernis für die massive Herabsetzung unter Berücksichtigung aller Sonderbestimmungen für jedes Land sei.

Hoovers Vorschlag habe die Heere richtig eingeteilt in Kräfte der Verteidigung, der Kolonien und der Polizei. Um eine Berechnung nach dieser Einteilung aufstellen zu können, schlage Frankreich vor, dass die durch regionales Abkommen verbundenen Staaten ihre Heere vereinheitlichen. Die Wahl der Heeres-typs sei sehr schwer gewesen. Auf der ständigen Suche nach einer Synthese müsse man feststellen, dass auf dem Gebiet der qualitativen Abrüstung über Material und Kriegsführung Einigungen noch weit und schwer, aber durchaus möglich seien und zwar in folgender Richtung: Auf dem Gebiet der Luftwaffe erscheine es Frankreich sogar möglich, eine internationale Waffe im Rahmen der gegenseitigen Hilfe gegen plötzliche Ueberfälle zu schaffen, wohlverstanden, wenn die zivile Luftfahrt internationalisiert werde. Nach dem amerikanischen Vorschlag müsse alles Material als offensiv betrachtet werden, das so wirksam sei, um den ständigen Grenzschutz des Nachbarn zerstören zu können. Solches Material, das unbeweglich sei, müsse also allein in den Grenzverteidigungswerken bleiben. Das bewegliche Material müsse, unter Kontrolle des Völkerbundes und nur zu seiner Verwendung, den festen nationalen Kontingenten verbleiben, die zur gegenseitigen Hilfe in jedem Lande erhalten blieben, und all dies Material müsse fortschreitend in allen Ländern die durch das neue Abkommen verbunden würden, vereinheitlicht und herabgesetzt werden. Für die Heeresform schlage Frankreich, das nur die internationale Sicherheit suche, weil es ja seine eigene sehr gut mit eigenen Mitteln garantieren könne, vor, zwischen einer Reihe von Mächten des europäischen Kontinents ein noch engeres Abkommen zu schliessen. Bei Staaten, die durch oft bedrohte Grenzen verbunden seien, hätte die Heeresform entscheidende Bedeutung. Das ständige Heer mit längerer Ausbildungszeit sei eine höhere Möglichkeit des plötzlichen Angriffs als ein Heer mit kurzer Dienstzeit. Daher müsse in allen Ländern des genannten Kontinentalabkommens eine Verteidigungsmiliz geschaffen werden, stark herabgesetzt und mit kurzer Ausbildung. Die wichtigsten Bedingungen seien volle Gegenseitigkeit und dass die Ueberlegenheit der Bevölkerungszahl nicht eine Bedrohung darstellen dürfe. Daher müsse die Aushebung allein den Bedürfnissen der Verwendung für Verteidigungstruppen entsprechen im Hinblick auf die Möglichkeit der Aushebungsziffern in den Nachbarländern. Frankreich habe seine Bedingungen bekämpft gegeben, aber nur unter ihrer Wahrung sei es bereit, seine alte Tradition für den Fortschritt und den Weltfrieden zu opfern.

Die Rede wurde ohne jedes Zeichen von Zustimmung oder Ablehnung aufgenommen.

SPD. Schweidnitz, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Sondergericht beim Landgericht Schweidnitz in Schlesien rollt zurzeit ein Prozess gegen mehrere Nationalsozialisten ab, die an dem Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke vom "Proletarier" in Reichenbach (Eulengebirge) beteiligt gewesen sind. Das Attentat wurde in der

Nacht zum 9. August verübt. Die Bombe, die Paeschke galt, traf nicht ihn sondern den SA-Mann Jaehnke, der in Fetzen gerissen wurde und auf der Stelle tot war.

Angeklagt sind der Handlungsgehilfe Erich Wagner-Reichenbach, der Kraftwagenführer Polomski-Breslau und der Elektriker Wolter-Reichenbach, alle wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz. Angeklagt sind ferner wegen Begünstigung der Sturmbannführer Stabs aus Fürstenstein, der Standartenführer Rauscher-Dittmannsdorf, der Gruppenführer Heines-Breslau und der Stabsführer Heyn, ebenfalls Breslau.

Der erste Verhandlungstag galt ausschliesslich der Vernehmung der Angeklagten, die nach dem Vorbild des mitangeklagten Fememörders Heines auf die Fragen des Gerichts und der Verteidiger des Nebenklägers Paeschke immer wieder provokierende Antworten geben. Der Vorsitzende musste deshalb wiederholt eingreifen und die Rowdies zur Ordnung rufen. Vor allem legt der Fememörder Heines ein äusserst provozierendes Verhalten an den Tag. Er erklärt u.a., dass er niemals einen Befehl gegeben habe, gegen Paeschke vorzugehen. Immerhin gehöre Paeschke wegen seiner Diffamierung der nationalsozialistischen Bewegung auf die Anklagebank. Er finde es mehr als verständlich, dass sich die SA-Leute gegen seine "Heftzerei" empörten. Die von Hitler angeordnete Beschränkung des Notwehrrechts halte er, Heines, nicht mehr für gegeben. Er erkläre überall öffentlich, dass er jede Standarte auflöse und jeden SA-Mann ausschliesse, der sich nicht zur Wehr setze. Es könne sein, dass er in Reichenbach nach dem Attentat gesagt habe, die jetzt angeklagten Wagner und Polomski könnten auf die Sportschule geschickt werden. Das Darlehn von 150 Mark, das er der Frau Polomski gegeben habe, habe er ihr aus menschlichen Gründen gegeben und nicht, um Polomski zur Flucht zu verhelfen. Woher Jaehnke die Bombe hatte, die ihm schliesslich das Leben kostete, will Heines nicht wissen.

Der Nebenkläger Paeschke erklärt, er habe aus der Lage der Leiche Jaehnkes schliessen können, dass der Anschlag ihm gegolten habe. Seit März 1932 habe sich die Gefahr für ihn so erhöht, dass ihn seine Parteifreunde nicht mehr allein hätten gehen lassen. Von Mitte Juli ab sei die Hetze gegen ihn gesteigert worden. Im Café und auf der Strasse habe er hören müssen, dass er am 31. Juli aufgehängt werde. - Der Student Suchon-Berlin hat gelegentlich eines vorübergehenden Aufenthaltes in Reichenbach in einem Café gehört, dass Personen, die das Hakenkreuz trugen, sich laut geäussert haben, die Zeitung "Der Proletarier" müsse unterdrückt werden. Ferner sei in dem betreffenden Café von einem Manne die Rede gewesen, "dem man eine Bombe in den Bauch werfen müsse, dass er nicht wieder aufsteht".

In der Freitag-Sitzung entspinnen sich längere Erörterungen um ein Protokoll, in dem der Angeklagte Polomski den Fememörder Heines schwer belastet. Heines soll bei der Unterredung mit Polomski im Braunen Haus in Breslau behauptet haben, dass der Anschlag missglückte, dass ein SA-Mann und nicht der Richtige das Opfer geworden sei. Polomski erklärt diesen Widerspruch mit seiner Aussage in der Verhandlung zunächst damit, dass seine Vernehmung 10 Wochen nach der Begegnung mit Heines stattgefunden, er die Vorgänge nicht mehr genau im Gedächtnis gehabt und deshalb nur Vermutungen geäussert habe. Der Vorsitzende weist Polomski darauf hin, dass er dann bei seiner jetzigen Aussage erst recht keine positiven Angaben machen könne. Polomski erwidert, zu seinen jetzigen Aussagen sei er durch Nachdenken gekommen, um dann, als seine Gegenüberstellung mit Heines erfolgt, prompt zu erklären, dass seine in dem früheren Protokoll niedergelegten Angaben unwahr seien. Auch die Vernehmung des Kriminalkommissars Wahle bestätigt, dass Polomski fortgesetzt widersprechende Angaben gemacht habe. Dem Kommissar gegenüber hatte er den Wolter als den Unbekannten bezeichnet, der mit Jaehnke nach Reichenbach gefahren ist. Bei seiner Gegenüberstellung mit Wolter ist er bei seiner Aussage geblieben.

Es folgen Erörterungen über die Vorgänge, die zur Verweisung Wagners vom Gymnasium geführt haben. Diese Verweisung soll für Wagner den Grund für die

Beteiligung an dem Attentat gebildet haben. Wagner sagt: "Die Juden und die Artikel Paeschkes, in denen ihm als Schüler verbotene Betätigung in der NSDAP vorgeworfen wurde, hätten die Veranlassung gegeben." Paeschke erklärt, sein Vorgehen gegen Wagner hänge zusammen mit dem Verhalten der Schüler bei der Verfassungsfeier 1931. Er habe aber, als Wagner gemassregelt werden sollte, sich in einem Artikel dagegen gewendet, dass die Schüler bestraft werden und die Auffassung vertreten, die Lehrer, die an der Verhetzung der Schüler Schuld seien, müssten bestraft werden.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

In einem Artikel über die bevorstehende Reichstagswahl zählt der "Temps" die Misserfolge der Regierung von Papen auf allen Gebieten auf und fährt dann fort:

"Eine solche Lage am Abschluss einer fünfmonatlichen Diktatur genügt, um das Regime und die Methoden zu verurteilen, die die Barone und die Militärführer dem Reich haben auferlegen wollen. Alles das sind schlechte Bedingungen für das Kabinett von Papen, um der Wahlschlacht am 6. November, die es selbst durch die Auflösung des Reichstags vor einer tatsächlichen Fühlungnahme mit ihm hervorgerufen hat, die Stirn zu bieten. Da es sich um ein Präsidialkabinett handelt, das allein dem Staatschef verantwortlich ist und das über diktatorische Machtbefugnisse verfügt, wird ihm zwar noch das Mittel bleiben, dem Ergebnis der Wahlen keine Rechnung zu tragen und zu Gewaltmethoden zu schreiten, um die Leitung der Geschäfte zu behalten. Damit würde es sich leichtem Herzens in ein gefährliches Abenteuer stürzen. Es ist nicht sicher, dass sich der Reichspräsident dazu hergeben wird. Es ist auch nicht erwiesen, dass General von Schleicher, der allein ein solches Unternehmen glücklich zu Ende führen könnte, sich bei den gegenwärtigen Zuständen, der moralischen Zersetzung, der politischen Wirren und der finanziellen Unordnung Deutschlands dazu entschliessen will. Vielleicht gibt es in Berlin Männer, die sich in dieser ernstesten Stunde die Frage vorlegen, ob es nicht besser sei, auf die Weiterführung eines Experiments zu verzichten, dessen Misserfolg augenscheinlich ist und das schliesslich ein grosses Volk zu einem furchtbaren Zwang ins Ungewisse treiben könnte."

SPD. Eutin, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der Schwabenstreich des nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmer, der den deutschnationalen Bürgermeister seines Amtes entsetzt hat, löst mitsamt seinen Begleiterscheinungen mehr und mehr ein schallendes Gelächter aus. Trotzdem ist die Amtsentsetzung noch längst nicht eine so herrliche Köpenickiade wie folgender Vorgang, der sich am Freitag in Eutin ereignete:

Die Polizei verhaftete einen flüchtigen Nationalsozialisten, der wegen einer Anzahl Vergehen im Zusammenhang mit den Bombenattentaten gesucht wurde und sich vorübergehend in Eutin aufhielt. Der verhaftete Nazi wurde dem nationalsozialistischen stellvertretenden Bürgermeister vorgeführt, der ihn in seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter jedoch wieder freiließ. Dieser Bürgermeister wusste nicht, dass bereits zwei Polizeibeamte vom Polizeipräsidium in Altona sich auf den Fersen des gesuchten Nazis befanden. Als die beiden Polizeibeamten, ein Polizeileutnant und ein Polizeiassistent, ankündigten, den freigelassenen Nazi zu verhaften, wurden sie von dem stellvertretenden Bürgermeister verhaftet. Noch ehe aber die beiden verhafteten Polizisten in Gewahrsam abgeführt werden konnten, gelang es ihnen zu flüchten. Sie alarmierten sofort die dem Nazi-Regierungspräsidenten unterstellte Landes-

polizei und verhafteten nunmehr ihrerseits den flüchtigen Naziverbrecher, der sich jetzt in Haft befindet.

In Eutin hat dieser Streich neben anderen, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, das Gelächter noch weiter ansteigen lassen.

SPD. Wuppertal, 4. November (Eig. Dr.)

In den frühen Morgenstunden des Freitag kam es hier zwischen Klebekolonnen der Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß. Die Nazis gaben mehrere scharfe Schüsse ab, durch die zwei Kommunisten schwer verletzt wurden. An einer anderen Stelle wurde ein Nationalsozialist angeschossen und durch einen Armschuss verletzt. Schliesslich wurde vor dem Barmer SA-Heim bei einer Schlägerei ein Mann, dessen Parteizugehörigkeit nicht feststeht, zu Boden geschlagen und so schwer misshandelt, dass er ins Krankenhaus geschafft werden musste.

SPD. Stockholm, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Direktor einer der Schwindelgesellschaften des früheren Kreuzerkonzerns, Sven Huldt, wurde am Freitag wegen Vertrauensbruches zu einem Jahr Zwangsarbeit, einem Jahre Zuchthaus und einem Schadenersatz von 337 500 000 französischen Francs verurteilt, die er der Klägerin, der Continental Investment-Gesellschaft zu leisten hat. Es ist die höchste Schadenersatzsumme, die jemals von einem schwedischen Gericht festgesetzt worden ist

SPD. Braunschweig, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Eine üble Wahlstinkbombe hat das nationalsozialistische Ministerium zwei Tage vor der Wahl gegenüber dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Grotewohl losgelassen. Grotewohl, der der Führer der braunschweigischen Sozialdemokratie ist, versieht seit Jahren das Amt des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt. Auf Grund vollkommen unzutreffender Vorwürfe hat die Regierung gegen Grotewohl ein Disziplinarverfahren eröffnet und ihm die weitere Ausübung des Dienstes untersagt. Die nationalsozialistische Regierung glaubt auf diese Art und Weise das Wahlergebnis zu ihren Gunsten beeinflussen zu können.

SPD. Der Berliner Verkehrsstreik soll am Sonnabend früh unter allen Umständen zu Ende gebracht werden. Die Polizei will durch Einsetzung von verstärktem Schutz die Wiederaufnahme des Verkehrs erzwingen. Der Streik ist, genau betrachtet, nun nicht mehr eine gewerkschaftliche Angelegenheit, sondern nur noch eine Kraftprobe zwischen Polizei und RGO.

Der Versuch der Berliner Verkehrsgesellschaft, bereits am Freitag Mittag den Verkehr wieder aufzunehmen, war nach Lage der Dinge ein sehr schwieriges Unterfangen. Das Eingreifen der Polizei brachte in das Streikbild eine scharfe Note. Das Publikum sympathisierte entweder mit den Verkehrsarbeitern, oder aber es wollte nicht seine Haut zum Markte tragen und sich einem von der Polizei geschützten Strassenbahnwagen anvertrauen. Das Fahren in der Strassenbahn war zu gefährlich. Im Laufe des Nachmittags wurden bei etwa 70 Strassenbahnwagen die Fenster eingeworfen. Acht Autobusse wurden demoliert. Strassenbahnen und Autobusse wurden stellenweise sogar beschossen. Die BVG erklärte deshalb

in den Abendstunden dem Polizeipräsidium, sie denke nicht daran, Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter aufs Spiel zu setzen und sich den Wagenpark ruinieren zu lassen.

RGO-Leute und Nationalsozialisten versuchen selbstverständlich aus dem Streik für ihre politische Propaganda so viel als möglich Kapital zu schlagen. Ab und zu gerieten sich die Herrschaften einander in die Haare, vor allem als bekannt wurde, dass die nationalsozialistischen Verkehrsarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit seien. Gerade in diesem Punkt haben sich aber RGO-Leute und Nazis einander nichts vorzuwerfen. Schon auf der Tagung der Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Berliner Verkehrsarbeiter am Freitag-Vormittag wurde festgestellt, dass ein grosser Teil der Unorganisierten und der RGO-Mitglieder sich reichlich auffällig zur Arbeitsaufnahme gedrängt hat. Die Nazis spielen wie überall ein Doppelspiel. Während die Hitleranhänger unter den Verkehrsarbeitern trotz des Maulheldentums der nationalsozialistischen Streikführer sofort nach Verbindlichkeitserklärung zu Kreuz krochen, macht die SA treu und brav bei jedem von den RGO-Elementen an irgendeinem Strassenbahnhof inszenierten Krach mit. Die SA-Leute haben zweifellos den Auftrag, die Kommunisten vorwärts zu putschen und womöglich nicht nur in Berlin, sondern auch anderwärts Krawalle hervorzurufen, damit unter Umständen der Belagerungszustand verkündet wird und die Wahlen unmöglich gemacht werden. Für Hitler gibt es ja diesmal bei den Wahlen nichts zu holen.

Die Gewerkschaften nehmen in diesem Tohuwabohu von Streikmache, die nur infolge der grenzenlosen Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung über die Papen-Misswirtschaft einen ernsten Charakter erhielt, eine absolut klare und eindeutige Stellung ein. Sie haben trotz ihres Verhandlungserfolges in Form einer Verlängerung der Geltung des Manteltarifs den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er eine Senkung der Löhne vorsieht. Von den Gewerkschaften wäre jeder Schiedsspruch mit Lohnabbau abgelehnt worden. Die Verbindlichkeitserklärung hat jedoch den Gewerkschaften die Hände gebunden. Vor dem Streik waren die Gewerkschaften nicht tarifgebunden. Erst die leichtfertige Auslösung des Streiks durch die RGO zu rein politischen Zwecken - ständen nicht Wahlen vor der Tür, die RGO hätte sich sehr wahrscheinlich den Teufel um den Arbeitskonflikt bei der BVG gekümmert - hat die Gewerkschaftsvertreter in die Schlichtungsmaschinerie gezwungen, von der sie sich seit Jahren bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Verkehrsgesellschaft freihalten konnte. Durch die Verbindlichkeitserklärung sind nun die Gewerkschaften wieder Tarifpartner. Sie fordern ihre Mitglieder auf, sich zur Arbeitsaufnahme zu melden, wenn sie nicht durch Terror daran behindert werden. Sie missbilligen, obwohl die Streikbewegung nicht von ihnen ausging, das Einreifen der Polizei in den Konflikt.

Die Haltung der Gewerkschaften im Konflikt wurde auf der Funktionärskonferenz der freigewerkschaftlichen BVG-Arbeiter vollauf gebilligt.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Auf dem radikalen Parteikongress in Toulouse stand am Freitag die Tätigkeit der Parlamentsfraktion zur Debatte. In dieser Frage kam es wieder zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen einigen dem linken Flügel angehörenden Delegierten und dem Ministerpräsidenten Herriot über die Durchführung des Fraktionszwangs bei Abstimmungen in der Kammer.

Die betreffenden Delegierten waren im Gegensatz zu anderen Rednern gegen den Fraktionszwang, weil dieses einige Abgeordnete, die nicht nur mit radikalen Stimmen gewählt worden sind, in eine gewisse Abhängigkeit bringen könnte, und weil die Regierung auch einmal genötigt sein könnte, der Parteidoktrin widersprechende Beschlüsse zu fassen. Diese Bemerkung brachte Herriot in Aufruhr, der erklärte, in diesem Fall hätte die Regierung einfach abzutreten.

Die radikalen Abgeordneten hätten die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Regierung nicht zum Rücktritt gezwungen werde. Schliesslich einigte man sich, nachdem die Tagesordnung, die den Fraktionszwang bei Stellung der Vertrauensfrage verlangte, abgelehnt worden war, auf eine sehr unklar abgefasste Tagesordnung, die besagt, dass, wenn die Regierung die Vertrauensfrage stelle die Fraktion darüber entscheiden werde, ob der Fraktionszwang auferlegt werden solle. Dieses Ergebnis wurde von den Vertretern des linken Flügels der Partei mit grossem Beifall aufgenommen. Aus der Debatte ergab sich, dass trotz aller gegenteiligen Prophezeiungen die Radikale Partei mehr als je in bezug auf die gegenüber dem Kabinett Herriot einzunehmende Haltung gespalten ist.

SPD. Köln, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der "buddistische" Mönch Chao Kung (Trebtsch Lincoln) wurde nach Beendigung eines Vortrags in Köln verhaftet, weil er ein Darlehen von 2 161 Gulde das er im Jahre 1919 von der Gattin eines höheren Beamten im diplomatischen Dienst im Haag erhielt, nur zum Teil zurückgezahlt hat. Die Gläubigerin Trebtsch-Lincolns, die jetzt in Köln wohnt, liess durch ihren Rechtsanwalt Arrest auf die Restschuld legen. Als Chao Kung dem Richter vorgeführt wurde und erfuhr, dass er seine Einwendungen gegen den Arrest nur durch einen Anwalt geltend machen könne, erklärte er, dass er lieber sechs Monate im Gefängnis sitzen wolle.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der Kommandant des U-Bootes "Prométhée", das am 7. Juli mit 62 Mann an Bord gesunken ist, wurde am Freitag vom Kriegsgericht in Cherbourg von der Anklage der Fahrlässigkeit freigesprochen. Der als Staatsanwalt fungierende Regierungskommissar erklärte in seinem Plädoyer, dass dem Kommandanten keine Verfehlung vorgeworfen werden könne. Er überliess dem Gericht die Entscheidung über Freispruch oder Bestrafung.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

.Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Das Rätsel aller Welt

Spukt es?

Das Luftgespenst von Davyhullme.

SPD. London, Anfang November (Eig. Ber.)

Unsere Vorfahren pflegten an langen Winterabenden Gespenstergeschichten zu erzählen. Spukhäuser, geheimnisvolle Gestalten, unerklärliche Begebenheiten spielten dabei meist eine unheilvolle Rolle. Wir pflegen über diese Spukerei meist hochmütig zu lächeln, aber auch unsere Zeit kennt geheimnisvolle Vorgänge, deren Erklärung sehr oft nicht, manchmal aber auf seltsame Art gelingt. Spuk ist überall dort, wo es der Wissenschaft nicht gelingt, geheimnisvoll erscheinende Zusammenhänge aufzudecken. Dann verflüchtet sich der Spuk. Er wird als das erkannt, was er wirklich ist. Der unbekannte Spuk aber fordert unter Umständen seine Opfer.

So ereigneten sich in England und zwar bei Davyhullme in der Nähe von Manchester eine grosse Reihe von Flugzeugkatastrophen, deren Zahl nach und nach auf sechsundzwanzig stieg. Und immer waren es alte, erfahrene, verantwortungsbewusste, einwandfreie Flugzeugführer, die die Unglücksmaschinen geführt hatten. Sowohl Sport- als auch Verkehrsflieger waren in dem Todeswinkel von Davyhullme zu Tode gestürzt. Alle Welt stand vor einem Rätsel. Augenzeuger berichteten, wie die Flugzeuge immer und immer wieder ohne jeden erkennbaren Anlass die tollsten und seltsamsten Manöver auszuführen begannen und dann schliesslich zerschmettert auf dem harten Boden endeten. Bei klarem Wetter mieden die Piloten die geheimnisvolle Stelle. Wenn aber Nebel oder disiges Wetter die Sicht behinderten, dann verflog sich mancher doch wieder, kam in den Unglückswinkel und stürzte ab. So ging es auch einem Ingenieur, der einen Versuchsflug zusammen mit seiner jungen Frau unternommen hatte. Unter der Tragfläche hatte er eine automatisch arbeitende Kamera befestigt, die er während des Flugs ausprobieren wollte. Bei Davyhullme kam die Maschine ins Trudeln, der Pilot fing sie auf, um gleich darauf über den Flügel abzurutschen, und das Ende vom Liede war, dass er und seine Frau unter den Trümmern des Flugzeugs tot hervorgezogen wurden.

Die Richter, die den Fall zu untersuchen hatten, standen vor einem Rätsel. Ingenieur Homewood, so hiess der Verunglückte, war als einer der sichersten Flieger bekannt. Die Wetterlage gab keine Veranlassung zu seinen seltsamen Manövern, das Flugzeug selbst war in tadellosem Zustand gewesen, der Untersuchungsbefug gab zu keinen Beanstandungen Veranlassung. Man begann von geheimnisvollen Strahlen zu reden, die auf die Flugzeuge in dieser Gegend Einfluss gewönnen, man stellte die seltsamsten Hypothesen auf, nur um irgend eine den Verstand befriedigende Erklärung zu finden. Da kam einer der mit der Untersuchung des Falles beauftragten Beamten auf den Gedanken, die Filme in der unversehrt gebliebenen automatischen Kamera zu entwickeln. Das Ergebnis war Aufsehen erregend: Man sah auf dem Film ein zweites Flugzeug, das geradewegs auf das verunglückte zuflog. Homewoods Flugzeug hätte unweigerlich mit ihm zusammenstossen müssen. Aber auch das andere Flugzeug hätte dabei vernichtet werden müssen. Tatsächlich aber war nirgends ein zweites Flugzeug entdeckt worden. Ein neues Rätsel! Dann aber betrachtete man die auf dem Film festgehaltene Maschine genauer, und da entdeckte man, dass sie vollkommen der verunglückten Maschine Homewoods glich. Und nun kam man sehr schnell auf

die Lösung des unheimlichen Rätsels: Ein Luftgespenst, eine Fata Morgana hatte alle verunglückten Flieger genarrt, ein Brockengespenst war den Fliegern entgegengefliegen und hatte sie veranlasst, ihm mit allen Mitteln auszuweichen. Aber mit unsinniger Konsequenz hatte es alle Manöver der verzweifelten Piloten mitgemacht und so Verwirrung, jagende Angst und völliger Kopfllosigkeit erzeugt, die zum Verlust der Flugzeuge und zum Tod der Verwirrten führen musste.

Nun ging man dem Luftgespenst zu Leibe. Eines Tages stiegen zwei Militärflieger auf, um die Richtigkeit der aus der Photographie gezogenen Schlüsse zu prüfen. Tatsächlich begegneten sie ihren eigenen Fahrzeugen. Sie machten sich auf die Schattenflugzeuge aufmerksam und flogen mutig auf sich selber zu und - - der Spuk zerrann, zerfloss, löste sich auf im Nebel.

Wer wird bei diesem Erlebnis nicht an die Geschichten von geheimnisvollen Doppelgängern erinnert oder an Gespenstergeschichten, bei denen das Gespenst urplötzlich verschwand, wenn ein mutiger Mensch ihm tapfer entgegen ging? So zeigt die Aufklärung, die die letzte Flugzeugkatastrophe von Davyhüllme gefunden hatte, dass auch an den alten Sagen und Spukgeschichten etwas Wahres ist. Aber der Spuk verliert seine Gefahr, wenn man sein Geheimnis und sein Wesen kennt. -S.

+ + +

3 Todesopfer des Verkehrsstreiks! Der Berliner Verkehrsstreik dauerte pralltisch den ganzen Freitag über an. Das Publikum, das glaubte, dass der Normalverkehr um 2 Uhr nachmittags wieder beginne, sah sich in seinen Erwartungen enttäuscht. An den Betriebsbahnhöfen waren 3 000 Mann zum Dienst erschienen; zur Durchführung einer normalen Schicht sind indes 5 000 Mann notwendig. Zunächst wurde unter polizeilichem Schutz im Laufe des Nachmittags auf 30 Strassenbahn- und Omnibuslinien der Verkehr in Gang gesetzt, ausserdem wurde auf der U-Bahn ein Probeverkehr (ohne Publikum) durchgeführt. Gegen Abend wurde der gesamte Verkehr jedoch wieder eingestellt; am Sonnabend früh soll er unter starker polizeilicher Bedeckung wieder aufgenommen werden.

Den ganzen Freitag über war die Polizei mit der Zerstreung von Ansammlungen, mit dem Schutz Arbeitswilliger und mit der Bekämpfung von Terror- und Sabotageakten beschäftigt. Auf dem Betriebsbahnhof Tegel haben unbekannte Täter an den Masten der Oberleitung die Schalthebel teilweise abgeschaltet, teilweise abgebrochen. Auf der nur eingleisig durchgeführten Strassenbahnstrecke Tegel - Heiligensee ist die Lichtleitung an mehreren Stellen durchschnitten worden; ferner wurden Weichenanlagen beschädigt. Polizeitrupps, die sich um die Sicherung des Verkehrs bemühten, wurden wiederholt stark bedrängt. So kam es in der Nähe des Betriebsbahnhofs Schöneberg am Freitag Morgen und Nachmittag zu blutigen Zusammenstößen. Morgens wurde ein Nationalsozialist tödlich verletzt. Am Nachmittag wurde ebenfalls ein Mann getötet und einer verletzt. Ausserdem erlitten vier Frauen, unter ihnen eine 67jährige, Verwundungen. Bei einem Zusammenstoss in der Brünnenstrasse wurde ebenfalls ein Mann getötet; drei Männer erlitten Verletzungen. Die näheren Umstände dieser blutigen Ereignisse bedürfen noch der Aufklärung.

Die Polizei, die seit Beginn des Verkehrsstreiks schon weit über 400 Personen zwangsgestellt hat, von denen die Hälfte wieder entlassen wurde, bleibt in erhöhter Alarmbereitschaft. In der Nähe aller grossen BVG-Bahnhöfe sind starke Polizeikommandos postiert. Auch die Betriebsbahnhöfe sind polizeilich besetzt.

+ + +

"Rekord der Abscheulichkeit". Nachdem im Berliner Mitgiftprozess der Staatsanwalt den Freispruch des Angeklagten Geheimrat Caro, der Rechtsvertreter des Nebenklägers Petschek die Verurteilung des Angeklagten wegen Urkundenfälschung usw. beantragt hat, ergriff am Freitag der Verteidiger Caros, Rechtsanwalt Professor Alsberg, das Wort zu einem grossen Plädoyer. Er führte aus, dass in dem "abscheulichen" Prozess, den zu führen er die Ehre habe, das geheiligte Amt des Anklägers unter Missbrauch der Institution der Nebenklage in die Hände eines rachedurstigen Privatinteressenten gefallen sei. Es sei wegen einer Lappalie von der Familie Petschek ein skandalöser Strafprozess provoziert und mit einer nie erlebten Hartnäckigkeit durchgeführt worden: "ein Rekord der Abscheulichkeit".

+ + +

Contards Waffen... In der Freitagssitzung der Reichsgerichtsverhandlung gegen den Oberlagerverwalter Bullerjahn fragte der Vorsitzende, Senatspräsident Bünger, den Angeklagten: "Wer muss das Waffenlager der Berlin-Karlsruher Industriewerke verraten haben? Wenn ich diese Frage stelle, so ist sie nicht unbegründet. Sie waren doch dort Oberlagerverwalter". Bullerjahn: "Ich kann es beim besten Willen nicht sagen, wer den Verrat begangen haben könnte." Vors.: "Gab es ausser Ihnen noch jemanden, der einen solchen Ueberblick über die Plätze hatte?" Bullerjahn: "Gewiss, mein Vorgänger und die dort beschäftigten Lagerarbeiter. Ich habe die Arbeiter oft wechseln müssen, und ich hatte deshalb keine genaue Kontrolle über sie." Auch kannte ich sie nicht so genau". Vors.: "In der Anklage wird Ihnen ihr auffälliges Benehmen bei den Besuchen der Interalliierten Kontrollkommission vorgeworfen." Bullerjahn: "Ich musste mich meiner Stellung entsprechend über alles, was in den Lagern vorhanden war, unterrichten. Das war doch meine Aufgabe". Im übrigen erklärte der Angeklagte, dass er von sich aus sogar Massnahmen ergriffen habe, um die Entdeckung der Lagerbestände zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. Er habe der Direktion den Rat gegeben, noch vor der Besichtigung Material beiseite zu schaffen, sein Vorschlag sei aber als zu kostspielig abgelehnt worden.

+ + +

Der Tod der Sängerin. Der Leichnam der von ihrem Gatten erschossenen Berliner Opernsängerin Gertrud Bindernagel ist beschlagnahmt worden. Es soll durch eine Obduktion festgestellt werden, ob der infolge einer Lungenembolie unerwartet eingetretene Tod in direktem Zusammenhang mit der durch Hintze hervorgerufenen Schussverletzung steht, oder ob auch eine Venenentzündung, an der Gertrud Bindernagel gleichfalls litt, den Tod mit herbeiführte.

+ + +

Tode von Funkturm Der aus Hannover stammende Zivilingenieur Warburg ist bei einem Fallschirmabsprung vom Funkturm auf dem Ausstellungsgelände in Berlin-Witzleben tödlich verunglückt. Warburg hatte einen neuartigen Fallschirm konstruiert. Das Patent war bereits angemeldet. Auch die Versuchsanstalt für Luftfahrt interessierte sich für die Erfindung, hatte jedoch zur Herstellung des Fallschirms keine Mittel. Warburg konstruierte den Fallschirm nunmehr mit minderwertigem Material. Heimlich hat er sich am Freitag-Morgen auf dem Funkturm eingeschlichen. Er fuhr mit einem Freund mit dem Fahrstuhl bis zur obersten Plattform, liess sich einige Meter an einem Kabel herunter, entfaltete den Fallschirm, dessen oberstes Ende der Freund hielt, und sprang ab. Schon in der nächsten Sekunde riss das Tuch: Warburg sauste mit rasender Geschwindigkeit in die Tiefe. Kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus erlag er den erlittenen Verletzungen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeiter minderen Rechts.

Wie man mit den Bauarbeitern umspringt.

SPD. Kein Beruf ist von der Wirtschaftskrise so schwer getroffen worden als der Beruf der Bauarbeiter. Man sollte daher annehmen, dass die verantwortlichen Stellen alles tun, um die Lage der Bauarbeiter wenigstens nicht noch künstlich zu erschweren. Leider ist das Gegenteil der Fall. Der durch die Krise auf dem Bauparkt ohnehin schon fürchterlich eng begrenzte Bezirk regulär entlohnter Bauarbeit wird immer weiter systematisch eingeengt. Der freie Arbeitsplatz als Existenzquelle des Bauarbeiters wird zerstört. Und das, obwohl führende Männer der amtlichen Arbeitsbeschaffungspolitik stets erklären, bestimmte Aufträge dürften dem freien Arbeitsmarkt nicht entzogen werden.

Was von den Beruhigungsredensarten der massgebenden Stellen zu halten ist, zeigt das Ergebnis einer im September durchgeführten Umfrage des Deutschen Baugewerksbundes über die Zahl der im Freiwilligen Arbeitsdienst oder in Fürsorge=Pflichtarbeit bei der Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlung und bei Reparaturen an gemeindeeigenen Baulichkeiten beschäftigten Bauarbeiter. Allein in rund 40 Orten müssen bei der Errichtung von etwa 4 000 Siedlerstellen bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 7 500 neben den Siedlern und eventuell beschäftigten Tarifarbeitern 3 000 Baufacharbeiter ihre Arbeitskraft im "freiwilligen" Arbeitsdienst hergeben. Weitere 800 Baufacharbeiter werden im Fürsorge=Pflichtarbeitsverhältnis beschäftigt.

Diese Zahlen mögen dem Laien zunächst klein vorkommen; sie nehmen aber sofort ein sehr ernstes Gesicht an, wenn man sich einige Einzelfälle vor Augen führt. In Ostpreussen werden z.B. allein 119 Siedlungen im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet; darunter befinden sich Hochbauten, von denen der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung immer wieder erklärte, dass ihre Errichtung dem freien Arbeitsmarkt vorbehalten bleiben müsse. Priesterseminare, Jugendheime, Wirtschaftsgebäude, Wohnhaus- und Stallgebäude - solche Hochbauten werden heute in vielen Gegenden des Reichs durch den Freiwilligen Arbeitsdienst, also unter Umgehung der tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gebaut. Bei 100 Siedlerstellen im Gebiet der Stadt Gleiwitz waren neben 122 Baufacharbeitern noch zahlreiche Fürsorgepflichtarbeiter im FDA mit baugewerblichen Arbeiten beschäftigt. Bei Nassiedel werden an einer Kreisstrasse 40 Baufacharbeiter als Pflasterer im FAD beschäftigt. In der Amtshauptmannschaft Zittau wird sogar eine Badeanstalt im Werte von 350 000 Mark durch den FAD gebaut. Unter tausend Beschäftigten an den Siedlerstellen in Bemerode bei Hannover befinden sich 208 Baufacharbeiter im FAD und 350 Baufacharbeiter im Fürsorge = pflichtarbeitsverhältnis. So oder ähnlich liegen die Verhältnisse bei sämtlichen 4 000 Siedlerstellen, die von der Umfrage des Baugewerksbundes erfasst wurden. Unter 200 Arbeitsdienstlern in Münster i.W., wo ebenfalls Hochbauten durch den FAD ausgeführt werden, befinden sich allein 120 Baufacharbeiter. Unter 1 370 Beschäftigten bei der Errichtung von Siedlungen in München sind unter 1 400 Arbeitern 400 Baufacharbeiter im FAD beschäftigt, in Heidelberg 102 und in Mannheim 198.

Von einer Freiwilligkeit im Arbeitsdienst kann man nicht mehr sprechen. Immer häufiger versuchen Vorsitzende von Arbeitsämtern, Landräte und andere einflussreiche Stellen die Unterstützungsbezieher unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zum Arbeitsdienst zu zwingen. Immer mehr gehen die Gemeinden dazu über, Baufacharbeiter als Fürsorgepflichtarbeiter zu beschäftigen. Die Bauarbeiterverbände haben diese Entwicklung vorausgesehen. Man hat ihre Warnungen nicht beachtet.

Auch jede Notstandsarbeit muss dazu herhalten, die elende Lage der Bauarbeiter noch mehr zu verschlechtern. Obwohl die Bauarbeiterlöhne grausam tief gesunken sind, machen zuständige Stellen von ihrer Befugnis, bei Notstandsarbeiten die Löhne senken zu können, einen sehr unsozialen Gebrauch. Der Tiefbauarbeiterlohn betrug im Reichsdurchschnitt pro Stunde 55,7 Pfennig und für Orte unter 50 000 Einwohner sogar nur 48 Pfennig, was unter Berücksichtigung von Regen- und andern Ausfalltagen etwa einem täglichen Arbeitsverdienst von 4 Mark entspricht. Diese Löhne werden bei Notstandsarbeiten nun noch um 10, 20, ja sogar bis zu 30 Pfennig pro Stunde durch Anordnung gesenkt.

Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften haben das Reichsarbeitsministerium auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen. Sie fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit im Sinne des § 139 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für Facharbeit im Siedlungsbau, für Neu- und Unterhaltungsarbeiten der Gemeinden. Für diese Arbeiten muss der Freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorge-Pflichtarbeit unbedingt ausgestaltet werden. Die Vergebung von Aufträgen für solche Arbeiten muss dem freien Arbeitsmarkt gesichert werden. Ebenso muss der unzulässige Druck, durch Sperrfristen einen Unterstützungsbezieher zur Annahme von Arbeit im FAD zu zwingen, aufhören.

Die Bauarbeitergewerkschaften wünschen, persönlich dem Minister die ausserordentliche Notlage der Bauarbeiterschaft klar zu machen. Sie erwarten, dass durch eine Aenderung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen baldigst die Härten beseitigt werden, unter denen heute die Bauarbeiterschaft zu leiden hat. Die tarifliche Rechtlosmachung der Bauarbeiterschaft muss ein Ende haben.

SPD. In Köln hat sich auf wiederholten Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Oberbürgermeister Adenauer entschlossen, dem Ausschuss für die städtischen Bahnen eine Vorlage zur Genehmigung zu unterbreiten, nach der den Erwerbslosen gegen Vorzeigung der Stempelkarte bis zum 1. April 1933 Fahrscheine zur Benutzung der Strassen- und Vorortbahnen sowie der städtischen Omnibusse innerhalb der Stadtgrenze für eine beliebige lange Fahrt zum Preise von zehn Pfennigen verabfolgt werden sollen. Die Abgabe der billigen Fahrkarten wird auf die Zeit von 7 bis 15 Uhr beschränkt. Zurzeit kommen 750 000 Erwerbslose in Frage.

Diese Einrichtung dürfte sich auch in anderen Städten empfehlen. Man sieht hier wieder einmal, dass wirkliche Hilfe den Erwerbslosen nur durch die Arbeit der Sozialdemokratie und nicht durch das Geschrei der Nazis und Kozis gebracht wird.

SPD. Die kommunistische Presse ist in der jüngsten Zeit wiederholt über Leipart, den Führer der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, hergefallen, weil er sich in seiner Red in Bernau zur Nation bekannt hat. Als wenn dieses Bekenntnis für einen sozialdemokratischen Arbeiterführer etwas Neues und Ungewöhnliches wäre.

Wir empfehlen den Kommunisten, in dem Buche von Arthur Rosenberg: "Geschichte des Bolschewismus" (S.52) nachzulesen, wie der grosse Lenin sich über das Nationalgefühl der klassenbewussten Arbeiterschaft geäußert hat: "Ist uns, den grossrussischen klassenbewussten Proletariern, das Gefühl nationaler Stolz fremd? Gewiss nicht. Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat.... Wir sind von Nationalstolz erfüllt und... wollen durchaus ein freies und unabhängiges, selbständiges, demokratisches, republikanisches und stolzes Grossrussland."

So Lenin im Dezember 1914.

SPD. Vor kurzem noch gab es unzählige landwirtschaftliche Unternehmer, denen die Landarbeiter nicht nazibegeistert genug sein konnten. So mancher Arbeiter, der sich nicht auf Kommando für Hitler begeistern konnte, musste das mit Entlassung büßen. Heute sieht es auf den Gutshöfen wieder anders aus. Hitler ist nicht mehr der Abgott der Grossagrarien. Ihr neues Götzenbild ist Papien, soweit sich noch nicht wieder zu Hugenberg zurückgefunden haben, und viele landwirtschaftliche Unternehmer finden heute gar nichts dabei, nun auch nationalsozialistisch gesinnte Landarbeiter auf die Strasse zu werfen, wenn sie aufmucken. Betrübte machte dieser Tage der "Völkische Beobachter" (in Nr.300) folgende Feststellung:

"Gibt es doch sehr viele rückschrittliche Gutsbesitzer, die in ihrem Hass gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung so weit gehen, dass sie die bei ihnen als Landarbeiter beschäftigten Nationalsozialisten und SA-Männer entlassen und lieber Kommunisten beschäftigen, die sie mit einem Geschenk von 5 Mark zum Eintritt in den Stahlhelm bewegen. "Wer nationalsozialistisch wählt, wird entlassen", lautet die neue "soziale" Parole der deutschnationalen Gutsbesitzer".

Solange es nur freiorganisierte Landarbeiter waren, gegen die sich der Zorn der landwirtschaftlichen Unternehmer richtete, fand die Nazi-Partei alles in Ordnung. Auch nicht eine Nazi-Zeitung brachte den Mut auf, auch einmal für einen im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter einzutreten, wenn offenkundige Uebergriffe von Seiten der Unternehmer vor-kamen. Im Gegenteil: die Nazi-herrschaften putschten sogar noch die Agrarier gegen die freiorganisierten Arbeiter auf. So liess ein gewisser Helmuth Körner aus Piskowitz im Freistaat Sachsen, seines Zeichens Landagitator der Nazis, im Mai ds.J. verschiedenen nationalsozialistischen Bauern der Amtshauptmannschaft Bautzen eine Mitteilung zukommen, worin es wörtlich heisst:

"Ich fordere daher alle Bauern der nationalen Opposition auf, sofort sämtliche marxistische Arbeitskräfte aus ihren Betrieben zu entlassen und dafür ehemalige SA und SS-Leute einzustellen."

Nun fliegen auch die ehemals so beliebten SA und SS-Leute aus den Betrieben. Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 4. November 1932.

Im Novembernebel.^x

Aus den Notizen eines politischen Gefangenen.

SPD. Neunzehnhundertachtzehn!

Die Monate vergehen. An den Fronten türmen sich die Opfer. Auch auf unserm Zuchthaushofe reiht sich Hügel an Hügel. Der Tod hält grosse Ernte: draussen, in den Gräben, und hier, unter den politischen Verbrechern. Wir sind krank und elend. Zwei Jahre warten wir schon auf das Ende des Krieges, auf die Früchte einer schweren, unterirdischen Arbeit. Wir können kaum noch laufen und uns nicht mehr erwärmen. Da unten, auf dem Hofe und in den Gängen sind keine Menschen mehr, nur noch Schemen eines früheren Lebens. Und wir sind erst vierundzwanzig Jahre alt!

In den kalten Nächten schreit keiner mehr von uns. Niemand klopft an die Wände. Nur ein Stöhnen ist in der Luft, wie das Röcheln der Agonie. Täglich werden Abteilungen von Anstaltsinsassen gewogen. Jede Woche bin ich dran. Zehn, zwanzig, dreissig Pfund Gewichtsverlust im Monat registriert die Waage des Arztes. Aber diese Registraturen helfen nicht.

Es muss draussen sehr schlimm stehen. Ich merke es an den Briefen, die so selten und doch oft genug kommen. Zensurierte, fast schwarze Briefe. Auch an den Mienen der Wärter. Fast täglich kommt einer in die Zelle herein und will sich unterhalten. Sie wissen nicht viel, diese Beamten, die immer unten bleiben müssen, sich nie rühren dürfen. Es sind primitive politische Gespräche aber ich erfahre doch manches und bekomme neue Hoffnungen.

Plötzlich werden wir abtransportiert und kommen in ein "sichereres" Zuchthaus. Und schon nach einer Woche "Sicherung" werden wir krank. Wasser und vieles anderes, kurzum . . . der Hunger!

Wochenlang liege ich im Lazarett. Neben mir stöhnt ein Elsässer, fast ein Junge noch, ein Deserteur. Ich soll ihm seine Briefe schreiben.

Kaum sind wir genesen, da sperren sie uns wieder in die Isolierzellen. Nun schreien wir allnächtlich wieder in den Zuchthaushof hinaus, und das hallende Echo der Wände gibt gute Antwort. Ohne diese schweren Mauern könnten wir uns nicht verständigen.

Ein Wärter kommt angeschlürft. Hoffentlich keine Nachtvisitation. Der Wärter schliesst an meiner Tür. Ich springe auf die Pritsche. Ein neugierig glänzendes Gesicht schiebt sich herein: "Sind Sie W...s?" Fragend sehe ich das Gesicht an. In diesem Hause gibt es sonst keine Namen, nur Nummern. Der Wärter sucht nach Worten. Etwas Unerklärliches gurgelt er heraus: "Sicher, sicher . . . morgen sind sie frei . . . !" Ich lache wütend auf. "Glauben Sie's nur; ja, ja . . . Revolution ist: in Kiel, in Hamburg, und sogar unsre Regimente machen nicht mehr mit . . . !" Er sagt das fast resigniert. Ich höre die Worte und glaube nicht daran. Aber der Wärter geht nicht fort. Vorsichtig frage ich, dann lebhafter und hastiger. Der Wärter hört zu, antwortet, wie er kann, und . . . geht nicht fort. Wie anders das alles ist!

Schliesslich muss der Wärter gehen. Ich springe auf die Nähmaschine am Fenster und schreie, schreie, so gut ich kann, den Kameraden die Nachricht zu. Nur der kleine Elsässer drüben antwortet nicht. Ich muss an der Wand lauschen und höre kein Klopfen, nur ein Schluchzen, wie nach langem Weinen. Frühmorgens hatte er sich erhängt!

Gewehrkolben donnern in aller Frühe an die Tore. Matrosen, Soldaten

begehren Einlass. Im Hause entsteht Tumult. Schwere, eisenbeschlagene Stiefel donnern die Treppen herauf und hallen grollend über die eisernen Gänge. Zelle um Zelle wird geöffnet. Ich höre das alles und habe keine Erklärung dafür. Das ist fremd in diesem Hause, wo das Leben nur in Filzschuhen vorüberstreicht. Schwere Schritte nähern sich meiner Zelle. Die Tür wird aufgerissen. Matrosen stehen im Türrahmen, lachen und winken. "Mensch?! . . du . . komm doch raus . . !" Ich kann mich nicht vom Flecke rühren. Ein Schauer rieselt mir den Rücken hinab. Es wird so leer, so leer! . .

Sie haben mich hinausgetragen.

Nebendem Zuchthause liegt die Kaserne. Auf dem Hofe versammelt sich eine Demonstration. Jemand spricht aus dem Fenster. Dann tritt einer der Matrosen vor, die mich geholt haben, meine Freunde, Ich sehe, wie er rot wird vor Verlegenheit. Er sucht Worte. Vor den Kesseln der Schiffe verlernt man das Reden

"Kameraden! Das Werk ist also getan, der Krieg zu Ende. Wir gehen nach Hause. Aber ihr sollt dafür sorgen, dass alles, was gelitten wurde um diese Stunde, was an Opfern gebracht wurde um diesen Tag, nie vergeblich gewesen ist . . . !"

Der Matrose dreht den Gewehrriemen in seinen Händen, sucht weiter nach Worten und schweigt dann doch. Was soll er auch über solch harten Alltag reden? . .

Die Menge ruft und ruft. Und dann tritt einer aus unserm Hause vor. Er nimmt nur die Mütze ab - eine instinktive Geste. In der erwartungsvollen Minute, die zwischen der Geste und seinen Worten liegt, entblößen sich alle Köpfe im Hofe. Totenstille herrscht ringsum. Seine Worte hallen weit über den Platz hinaus:

"Brüder . . . gedenkt der Toten, die für unsre Freiheit starben . . !"

S. Richards.

Gustav Adolf.^x

(Zu seinem 300. Todestage.)

SPD. In seiner Novelle "Gustav Adolfs Page" lässt Conrad Ferdinand Meyer den Schwedenkönig beteuern: "Ich bin über Meer gekommen mit allerhand Gedanken, aber alle überwog, ungeheuchelt, die Sorge um das reine Wort". Diesen Beweggrund für das kriegerische Eingreifen Gustav Adolfs in die deutschen Verhältnisse nimmt auch der aktive Protestantismus an, wenn er den Herrscher aus dem Hause Wasa als "Glaubenshelden" feiert, als "Gideon, durch dessen Hand und Schwert Gott der Herr die Kirche der Reformation aus Gewalt und List ihrer Dränger und Peiniger erlöst hat"; auf dem Denkstein, der der wichtigsten Schlacht des Schweden auf deutschem Boden gilt, steht sogar der Spruch:

Gustav Adolf, Christ und Held,
Rettete bei Breitenfeld
Glaubensfreiheit für die Welt.

Unbestreitbar nahm der schwedische König, nachdem er im Sommer 1630 an der deutschen Küste gelandet war, in diesem Betracht auch den Mund recht voll und streute, da seine Gescheitheit die Bedeutung der Propaganda und Presse voll erfasste, allenthalben die Mär aus, er sei gekommen, um "die reine, heilige Religion augsburgischer Konfession erhalten zu helfen".

In Wahrheit zog er für die "reine Lehr'" so das Schwert, wie im Weltkrieg die Entente für "das Recht der kleinen Völker" und Deutschland für "die Freiheit der Meere" kämpfte. Schweden, dieses arme Land im Norden mit noch nicht einmal einer Million Einwohner, dessen Steuern zum grossen Teile noch in Naturalien einliefen, war ohne Zweifel dem Iuthertum besonders verhaftet; da sich bei der Reformation der mächtige Adel mit dem enteigneten Kirchengute wohl

gemästet hatte, blieb die Furcht vor einer siegreichen Rückkehr des Katholizismus, die die Besitzverhältnisse wieder umstürzen würde, hier stärker als irgendwo. Sicher war nach seiner Gemütsart auch Gustav Adolf ein frommer Protestant, der sozusagen über dem Eisenpanzer ein Bäffchen trug und aus dem Sattel heraus mit Bibelsprüchen um sich warf. Das Militärgesang- und -gebetbuch gehört zu seinen glorreichen Erfindungen, und wenn er, wie nach dem Siege bei Wittstock, gleich einen dreitägigen Dankgottesdienst abhalten liess, wurde auf sein Geheiss - was dem Gotte des "Du sollst nicht töten!" lieblich in die Ohren geklungen haben mag - das Orgelspiel durch Trommeln und Trompeten, Salvenfeuer und Kanonendonner ersetzt. Aber hätte sich Gustav Adolf wirklich um des protestantischen Glaubens willen in die Händel des Festlandes eingemischt, wäre er nur als Hansnarr in die Weltgeschichte eingegangen.

Was er verfocht, waren vielmehr zu hundert Teilen schwedische Interessen, politische und wirtschaftliche, und der Sache des Protestantismus nahm er sich nur insoweit an, als er damit schwedischen Interessen diene. Schon unter seinen Vorgängern hatte sich Schweden, ähnlich dem Preussen des 18. Jahrhunderts, zu einem ausgesprochenen Militärstaat entwickelt, der, um zu leben, geradezu auf Eroberungen angewiesen war. Ausser dem Stammlande hatte der Siebzehnjährige 1611 bei seinem Regierungsantritt Finnland und Esthland geerbt und in Kämpfen mit Russland und Polen Karelrien, Ingermanland, Livland und Kurland erworben und sich auch an der preussischen Küste eingenistet; er durfte sich als Herrn eines baltischen Reiches betrachten, das die Ostseeküsten ohne Unterbrechung bis zur Weichsel beherrschte. Dieses baltische Reich zu befestigen, zu sichern und auszubauen, die Ostsee zu einem unbestritten schwedischen Binnenmeer zu machen, darum und um nichts anderes ging es, als Gustav Adolf gegen Kaiser und Reich vorsties. So erläuterte es nach des Königs Tode auch der beste Mitwisser seiner Gedanken und Pläne, sein bedeutender Kanzler Oxenstjerna: "Pommern und die Seeküste sind gleich einer Bastion für die Krone Schweden: darin besteht unsre Sicherheit gegen den Kaiser. Das war die vornehmste Ursache, die die selige Majestät in die Waffen brachte".

Aber auch von dem Grosstürken abgesehen, um dessen Freundschaft und Hilfe er buhlte, hatte der "Vorkämpfer protestantischer Glaubensfreiheit" bei seinem kühnen Unternehmen merkwürdige Schlafgefährten. Zu Recht nennt Lamprecht den Schwedenkönig "eine Figur auf dem Schachbrett der französischen, habsburgfeindlichen Politik". In der Tat empfing Gustav Adolf vom Kardinal Richelieu, dem grossen Staatsmann des katholischen Frankreich, jährlich 400 000 Reichstaler als Hilfgelder und verpflichtete sich dafür im Januar 1631 durch den Vertrag von Bärwalde, die katholische Religion aller Orten zuzulassen, wie er sie finde. Ja, der Papst Urban VIII., für Frankreich und gegen Österreich eingenommen, machte sich zum mittelbaren Bundesgenossen des "evangelischen Glaubenshelden", indem er sich weigerte, den Religionskrieg gegen ihn zu verkünden. Und wenn die protestantischen Fürsten von Sachsen und Brandenburg nur durch mehr oder minder sanfte Gewalt in eine Front mit Gustav Adolf zu bringen wären arbeiteten die katholischen Fürsten Deutschlands ihm indirekt in die Hände; indem sie auf dem Regensburger Reichstage (1629) den Kaiser Ferdinand II. zur Entlassung seines erfolgreichen Feldherrn Wallenstein zwangen, dessen Pläne - Herstellung einer starken Reichsgewalt, einer deutschen Nationaleinheit - ihrem partikularistischen Eigennutze zuwiderliefen. Diese Lähmung der Reichsmacht in Verbindung mit der Taktik der Schweden, die eine beweglichere Infanterie, Kavallerie und Artillerie ins Feld stellten, öffnete Gustav Adolf nach der Niederlage Tillys bei Breitenfeld den Weg auch nach Süddeutschland, wo die katholischen Gegenden, von Plünderung, Mord und Brand heimgesucht, seine harte Hand zu spüren bekamen.

Ein rücksichtsloser Eroberertyp, grosser Entwürfe und Entschlüsse fähig, hatte Gustav Adolf vor den schwedischen Ständen von den Deutschen wegwerfend prophezeit: "Sie werden meine Beute sein!" Jetzt schien durch die schwedischen Erfolge dieses Wort der Erfüllung nahe zu sein. Der Sieger träumte von

einem nordischen Imperium, das unter seinem Szepter alle Uferstaaten der Ostsee vereinigen und durch das Bündnis mit einem evangelischen Fürstenbunde im Rahmen des Reiches gesichert sein sollte. Das bedeutete nicht nur die politische Zerreissung, sondern auch die ökonomische Aussaugung Deutschlands durch Schweden; einen Vorgeschmack gab die Ueberschwemmung der besetzten Lande mit wertloser Scheidemünze aus schwedischen Kupfergruben und die Wegschaffung des deutschen Silbers nach Stockholm. "Dass er", sagt Otto Westphal in seinem unlängst erschienenen Werke "Gustav Adolf und die Grundlagen der schwedischen Macht", "Deutschland auf Kupferfuss setzen und mit deutschem Kapital die schrittweise Industrie entwickeln wollte, ist nicht zu bezweifeln, und dass Deutschland alsdann zu einer Kolonie und einem Ausbeutungsobjekt Schwedens herabgesunken wäre, ebenfalls nicht". Ein Glück für Deutschland war es denn, soweit das Unglück des Dreissigjährigen Krieges noch Glück barg, dass Gustav Adolf am 16. November 1632 in der Schlacht bei Lützen gegen Wallenstein, an den sich der Kaiser in seiner Not doch wieder gewandt hatte, den Tod fand.

Da aber dreihundert Jahre seit seinem Ende verstrichen sind, wuchert trotz der Anstrengungen aller ernst zu nehmenden Historiker die Legende von dem "Befreier des protestantischen Glaubens" munter weiter. Die demokratische Presse sogar befördert den unbeirrbareren Machtpolitiker und Eroberer zu einem "Befreier unterdrückter Minderheiten", und die protestantische Kirche lässt alle ihre Glocken zu Ehren des Schwedenkönigs läuten. Welch ein Geschrei über schändlichen Landesverrat erhöhe sich, wenn etwa die deutschen Republikaner huldigend Napoleons gedanken wollten, weil er die Errungenschaften der Revolution über den Rhein getragen habe! Aber dass ein fremder Herrscher überschweulich gefeiert wird, der um fremder Interessen willen Deutschland verwüstete und zerstückelte, über diese nationale Würdelosigkeit regt sich niemand auf.

Hermann Wendel.

----- Spitzeldienste Wilhelms II.^x -----

SPD. Takt- und Verantwortungsgefühl gehörten am allerwenigsten zu den Tugenden Wilhelms II. Deutschland hat dafür mehr als einmal schwer büssen müssen. Man konnte bei Wilhelm II. auf alles gefasst sein. Wenn man jetzt aber erfährt, dass er seinen eigenen Vater und seine Mutter dem russischen Zaren denanziert hat, so ist man doch überrascht. Die nach der russischen Revolution in den persönlichen Geheimarchiven des Zaren vorgefundenen Briefe Wilhelms II., der damals noch Prinz von Preussen gewesen war, an den russischen Zaren Alexander III. lassen keinen Zweifel an diesen schäbigen Spitzeldiensten.

Diese Briefe stammen aus den Jahren 1884 und 1885.

Im Mai 1884 wurde Prinz Wilhelm von seinem kaiserlichen Grossvater und Bismarck nach Russland gesandt, um Festlichkeiten anlässlich der eingetretenen Volljährigkeit des damaligen Kronprinzen und später Zaren Nikolaus II. beizuwohnen. Im Sommer 1886 war Wilhelm wieder in Russland, um an den Manövern in Brest-Litowsk teilzunehmen. Der Zweck seiner Reise war nicht nur der, Bekanntschaften zu schliessen und hauptsächlich sich selbst zu zeigen, sondern auch einige politische Aufträge zu erledigen. Das Verhältnis Alexanders III. zu England und Bulgarien war zu jener Zeit sehr zugespitzt, und Bismarcks Pläne gingen dahin, diese englandfeindliche Stimmung des Zaren auszunutzen, um mit Russland und Österreich einen "Dreikaiserbund", der gegen die "Anarchie" und speziell gegen England gerichtet sein sollte, zu bilden. Prinz Wilhelm, in diese Pläne eingeweiht, war damals, wie aus seinen Briefeudeutlich hervorgeht, stark englandfeindlich und russenfreundlich gestimmt. Die Meinungsverschiedenheiten über die Beziehungen zu England führten zum ersten scharfen Konflikt zwischen Bismarck und dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm,

der zur englischen Partei am kaiserlichen Hofe gehörte und unter starkem Einflusse seiner Frau, einer Engländerin, stand. Auch Prinz Wilhelm beteiligte sich nach seiner Rückkehr aktiv an diesem Konflikt. Seine Beziehungen zu seinen Eltern verschärfen sich damals noch aufs äusserste wegen der bestehenden Absicht, seine Schwester Viktoria, (die vor einigen Jahren als Frau Zubkoff gestorben ist) mit dem bulgarischen Fürsten Alexander von Battenberg, einer Kreatur Englands, zu verheiraten. Wilhelm war bestrebt, um jeden Preis die Verlobung zu lösen (obgleich die jungen Leute zu jener Zeit schon die Verlobungsringe austauschten).

Diese Ereignisse gaben auch seinen Briefen an Alexander III. die Färbung. Schon im ersten Briefe, der in Moskau am 25. Mai 1884 (in französischer Sprache) verfasst wurde, schrieb Wilhelm: "Ich bitte Dich nur um eine Gnade (faveur). Nimm Dich in Acht vor Deinen englischen Onkeln! Lass Dich nicht einschüchtern, wenn Du etwas von meinem Vater hören wirst! Er steht unter dem Einflusse meiner Mutter, die ihn zwingt, alles durch eine englische Brille zu sehen..... Ich werde nie aufhören, es für meine höchste Pflicht zu halten, überall den Dreikaiserbund zu unterstützen und zubefestigen, - das Dreieck-Bollwerk, das Europa vor den Wogen der Anarchie schützen soll: aber gerade das fürchtet am meisten England!..."

Prinz Wilhelm kehrt in seine Heimat zurück und schreibt am 19. Mai 1884 geheim und vertraulich dem russischen Zaren: "Das, was ich Dir jetzt schreibe, ist nur für Dich bestimmt.... Meine Eltern empfinden mich kühl". Dann folgt die Mitteilung über England: "Die Mission des Prinzen von Wales (in Deutschland) brachte und bringt noch mehr Früchte, die in den Händen meiner Mutter und der englischen Königin sich weiter vermehren werden..." - "Diese Engländer haben aber zufällig vergessen, dass ich noch da bin", setzt Prinz Wilhelm in seinem Grössenwahn fort. "Ich schwöre Dir, ich werde alles, was in meiner Macht liegt, für Dich und Dein Land tun, und ich werde meinem Versprechen treu bleiben."

Der dritte Brief, vom 13. März 1885, in dem Wilhelm die "Intriguen" des Prinzen von Wales entlarvt, ist wiederum sehr interessant. "Ich werde mir Mühe geben, sie so gut wie nur möglich zu beobachten", beeilt sich Wilhelm dienstfertig dem russischen Zaren mitzuteilen. "Ich übergab Dolgorukij (dem russischen Militärattaché in Deutschland) einige interessante Notizen über Zahl und Bezeichnung der indischen und englischen Regimenter, die sie in Rawul Luidi konzentrieren... - "Ich habe einen vertraulichen Brief aus Portsmouth gelesen", fährt er fort. Und in einem Anfall von russophiler Patriotismus teilt er dem russischen Zaren verschiedene Militärgeheimnisse Englands mit, die er zufällig erfahren hat. Er scheint sich garnicht bewusst gewesen zu sein, welche niedrige Spitzelrolle er dabei spielte.

Im nächsten und letzten Briefe vom 4. Mai 1885 wird das gleiche Thema fortgesetzt. "Ich habe Dir versprochen, den Prinzen von Wales während seines Aufenthaltes in Berlin zu überwachen", schreibt Wilhelm dem russischen Zaren. Er will festgestellt haben, dass einer der Kammerherren sich im Auftrage des Prinzen von Wales an den Bankier Bleichröder gewandt habe. "Es wurde mir gesagt, dass er den Juden in diesem Briefe bat, England zu helfen und den Kurs des russischen Geldes herunterzudrücken... Ich habe diese Nachricht sofort Dolgorukij mitgeteilt." Zugleich hat Wilhelm angefangen, sich "Notizen zu machen und Erkundigungen einzuziehen"; aber die bevorstehende Mobilmachung in England - und wieder macht er dienstfertig dem russischen Zaren Mitteilung darüber. Der für Russland begeisterte Patriotismus des künftigen deutschen Kaisers war tatsächlich grenzenlos. Prinz Wilhelm geriet in so helle Begeisterung bei der Mitteilung über den russischen Sieg bei Kuschke, dass er dem russischen Zaren schrieb: "Ich wünsche als russischer Offizier, dass der Sieg stets den Bannern des Zaren folgen möge. Ich bedaure, dass ich ihnen persönlich und mit meinem Blute nicht dienen kann." In seiner Jugend war demnach Prinz Wilhelm bereit, sein so wertvolles Blut für den russischen Zaren hin-

zugeben!

Also hinter dem Rücken des deutschen Hofes teilt Wilhelm dem Zaren militärische und diplomatische Geheimnisse mit. Er scheut nicht einmal vor einer Denunziation seiner Eltern zurück, übernimmt hinterhältige Aufträge, die Engländer zu überwachen, die in Deutschland zu Besuch weilen, und äussert seine Gefühle und Pflichten Russland gegenüber in einer derart taktlosen Weise, als ob er voller Stolz in Petersburg den wahrhaftig nicht schönen Auftrag übernommen habe, als Agent Alexanders III. zu wirken.

So sah Wilhelm II. in seiner Jugend aus. Und es gibt immer noch Deutsche, die ihn wieder auf dem Throne zu sehen hoffen!

H.L.

Verherrlichung reicher Leute.

SPD. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es hat sich bei der grossen gesellschaftlichen Umwälzung, die wir heute erleben, im landläufigen Verhalten gegenüber reichen Leuten kaum etwas geändert. Nicht nur in den Zeitschriften, die über das Leben einer gewissen Gesellschaft berichten, widerfährt dem reichen Manne eine Schmeichelei oder Anbetung, wie sie früher die Höflinge für die Fürsten herausgebildet hatten, sondern auch im öffentlichen Leben beobachtet man eine Verherrlichung, die einfach Unfug ist.

Von Ivar Kreuger konnte man noch kurz vor seinem schmachvollen Abgang in den meisten Journalen eingehende Schilderungen seiner Persönlichkeit finden. Man las da, dass er die und jene Liebhaberei besonders pflege, dass er nicht nur ein passionierter Sportsmann, sondern auch ein segensreicher Sammler sei, - anstatt das Nächstliegende zu sagen, nämlich, dass man ihn bewundern müsse, weil er Geld in grossen Mengen verfügbar habe. Heute wissen wir ja, dass er nicht einmal ein guter Geschäftsmann gewesen ist, sondern ganz einfach ein Schwindler, - ja, von welchem reichen Manne kann man überhaupt Lebenswertes berichten, bevor man nicht weiss, wie er eigentlich zu seinem Gelde gekommen ist?

Die Reporter, die einst über Pierpont Morgan schrieben, sagten nicht, das er schön wie Apollo sei; nein, sie schrieben vielmehr über seine leutseligen Manieren, über seine Hosen, über seine Katzenliebe, seine Verachtung der Ärzte und anderes. Ganz ähnlich macht man heute aus ein paar reichgewordenen Leuten Wirtschaftsführer, Propheten oder so was, während sie weiter nichts getan haben, als im rechten Augenblick in die rechte Sache Geld zu stecken.

Um reich zu werden, muss man natürlich in erster Linie von Geschäften etwas verstehen, - ist man aber reich geworden, so wird man ausgefragt, ob man auf dem Boden Einsteins oder Newtons stehe, ob man Holzapfels Panideal oder Steiners dreigliedrigen Organismus für das Rechte halte, ob Strawinsky oder Hindemith die wahre Zukunftsmusik hervorrufen werden, und ähnliches Zeug, das den reichen Mann garnichts angeht.

Eine andre Methode der Schmeichelei besteht darin, den reichen Leuten die schmückenden Beiworte "einfach" oder "bescheiden" zu verleihen. Einfach zu sein, ist gewiss das Beste auf der Welt; bescheiden zu sein, das Nächstbeste. Aber das sind wirklich recht seltene Tugenden geworden. Nichtsdestoweniger finden sie sich regelmässig im Leben reicher Männer. Hat jemand einen reichen Mann besucht und beschreibt diesen Besuch, so sagt er mit Vorliebe: Herr Soundso trug einen einfachen schwarzen Rock, eine weisse Weste und graue Beinkleider, - als ob ihm einer in gelbem Rock, roter Weste und weissen Hosen entgegengetreten würde! Diese Methode erreicht den Höhepunkt, wenn vom Tode des reichen Mannes die Rede ist. Wenn man genügend gelangweilt worden ist mit dem Berichte von des Millionärs einfacher Art, wenn wir von dem bescheidenen Heim unterrichtet worden sind, das meist zu unbescheiden ist, um ein Heim genannt

zugeben!

Also hinter dem Rücken des deutschen Hofes teilt Wilhelm dem Zaren militärische und diplomatische Geheimnisse mit. Er scheut nicht einmal vor einer Denunziation seiner Eltern zurück, übernimmt hinterhältige Aufträge, die Engländer zu überwachen, die in Deutschland zu Besuch weilen, und äussert seine Gefühle und Pflichten Russland gegenüber in einer derart taktlosen Weise, als ob er voller Stolz in Petersburg den wahrhaftig nicht schönen Auftrag übernommen habe, als Agent Alexanders III. zu wirken.

So sah Wilhelm II. in seiner Jugend aus. Und es gibt immer noch Deutsche, die ihn wieder auf dem Throne zu sehen hoffen!
H.L.

----- Verherrlichung reicher Leute. -----

SPD. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es hat sich bei der grossen gesellschaftlichen Umwälzung, die wir heute erleben, im landläufigen Verhalten gegenüber reichen Leuten kaum etwas geändert. Nicht nur in den Zeitschriften, die über das Leben einer gewissen Gesellschaft berichten, widerfährt dem reichen Manne eine Schmeichelei oder Anbetung, wie sie früher die Höflinge für die Fürsten herausgebildet hatten, sondern auch im öffentlichen Leben beobachtet man eine Verherrlichung, die einfach Unfug ist.

Von Ivar Kreuger konnte man noch kurz vor seinem schmachvollen Abgang in den meisten Journalen eingehende Schilderungen seiner Persönlichkeit finden. Man las da, dass er die und jene Liebhaberei besonders pflege, dass er nicht nur ein passionierter Sportsmann, sondern auch ein segensreicher Sammler sei, - anstatt das Nächstliegende zu sagen, nämlich, dass man ihn bewundern müsse, weil er Geld in grossen Mengen verfügbar habe. Heute wissen wir ja, dass er nicht einmal ein guter Geschäftsmann gewesen ist, sondern ganz einfach ein Schwindler, - ja, von welchem reichen Manne kann man überhaupt Lebenswertes berichten, bevor man nicht weiss, wie er eigentlich zu seinem Gelde gekommen ist?

Die Reporter, die einst über Pierpont Morgan schrieben, sagten nicht, das er schön wie Apollo sei; nein, sie schrieben vielmehr über seine leutseligen Manieren, über seine Hosen, über seine Katzenliebe, seine Verachtung der Ärzte und anderes. Ganz ähnlich macht man heute aus ein paar reichgewordenen Leuten Wirtschaftsführer, Propheten oder so was, während sie weiter nichts getan haben, als im rechten Augenblick in die rechte Sache Geld zu stecken.

Um reich zu werden, muss man natürlich in erster Linie von Geschäften etwas verstehen, - ist man aber reich geworden, so wird man ausgefragt, ob man auf dem Boden Einsteins oder Newtons stehe, ob man Holzapfels Panideal oder Steiners dreigliedrigen Organismus für das Rechte halte, ob Strawinsky oder Hindemith die wahre Zukunftsmusik hervorrufen werden, und ähnliches Zeug, das den reichen Mann garnichts angeht.

Eine andre Methode der Schmeichelei besteht darin, den reichen Leuten die schmückenden Beiworte "einfach" oder "bescheiden" zu verleihen. Einfach zu sein, ist gewiss das Beste auf der Welt; bescheiden zu sein, das Nächstbeste. Aber das sind wirklich recht seltene Tugenden geworden. Nichtsdestoweniger finden sie sich regelmässig im Leben reicher Männer. Hat jemand einen reichen Mann besucht und beschreibt diesen Besuch, so sagt er mit Vorliebe: Herr Soundso trug einen einfachen schwarzen Rock, eine weisse Weste und graue Beinkleider, - als ob ihm einer in gelbem Rock, roter Weste und weissen Hosen entgegengetreten würde! Diese Methode erreicht den Höhepunkt, wenn vom Tode des reichen Mannes die Rede ist. Wenn man genügend gelangweilt worden ist mit dem Berichte von des Millionärs einfacher Art, wenn wir von dem bescheidenen Heim unterrichtet worden sind, das meist zu unbescheiden ist, um ein Heim genannt

werden zu können, werden wir zum Schluss aufgefordert, das stille Begräbnis zu bewundern. Ich weiss nicht, was sonst ein Begräbnis sein soll als still. Doch über jedes Grab eines reichen Mannes wird dieser Unsinn von Einfachheit und Stille verbreitet. Was erwartete mandenn eigentlich? Opfer? Totentanz? Orgie?

In alten Büchern kann man vielleicht lesen, dass der bescheidene König in seiner bescheidenen Krone ausging, von oben bis unten in bescheidenes, einfaches Gold gekleidet und von seinen bescheidenen Höflingen begleitet, - vielleicht; ich weiss nicht. Aber bestimmt hat diese Art von Schmeichelei die der Verherrlichung der reichen Leute von heutzutage möglich gemacht und hervor-
gebracht!
Marim.

Gesegneten Rehbraten!^X

SPD. Der Königsberger Gelehrte Johann Georg Hamann, wegen seiner dunklen Schreibweise der "Magus des Nordens" genannt, wichtig als Anreger Herders und Goethes, hatte mitunter die merkwürdigsten Einfälle. Eines Abends hatte er einen Freund zu sich geladen, um mit ihm einen Rehrücken zu verzehren, den ihm ein Verehrer gespendet hatte. Plötzlich trat ein Bekannter bei ihm ein, der Hamann wegen seiner Klatschsucht höchst verhasst war. Der Geruch des Bratens lag bereits in der Luft, und der ungebetene Gast machte Miene, den Dritte im Bunde zu spielen. Hamann, der sich auf den Abend gefreut hatte, war schon ganz verzweifelt. Da kam ihm endlich ein erleuchtender Gedanke. Er nahm den Eindringlichbeiseite und sagte zu ihm im Flüstertone: "Die Tungusen essen bekanntlich Hunde. Bei uns Deutschen besteht aber eine Abneigung gegen dieses Gericht; wie mein Freund behauptet, mit Recht; wie ich behaupte, ohne jeden Grund. Heute will ich ihm beweisen, wie gut Hundebraten schmeckt. Er weiss nichts, darf nichts wissen. Er glaubt, es handle sich um einen Rehbraten. Erst nach der Mahlzeit soll er die Wahrheit erfahren. Tun Sie mir den Gefallen und halten Sie mit!"

"Das ist," versetzte der Andre mit stockender Stimme, "das ist zweifellos sehr interessant - sehr interessant, aber, sehen Sie, heute Abend bin ich leider verhindert. Ich - ich wollte nur auf einen Augenblick bei Ihnen vorsprechen." Und mit einigen weiteren hastigen Worten nahm er Abschied. Hamann macht den Freund freudestrahlend zum Vertrauten seiner List, und der Rehrücken konnte aufgetragen werden.
K.Qu.

SPD. Das Drahtverhau im Altertum.^X Während man im Weltkriege zu Verteidigungszwecken Absperrungen mit Stacheldraht vornahm, dienten schon in alten Zeiten Verhaue aus Dornesträuch dem gleichen Zwecke. Wie Cäsar berichtet, verschanzte sich der Stamm der Nervier gegen Reiterangriffe durch solche Verhaue. In allerlei alten Liedern wird erzählt von Dornenhecken, die zum Schutze um Burgen gepflanzt wurden, sodass, wie es in einem Sange heisst, "darein niemand kommen mag." Dornenhecken um Gärten zum Schutze zu pflanzen, ist noch heute in manchen Gegenden auf dem Lande üblich. Man bringt auch das Märchen vom Dornröschen, das im Schlosse hinter einer Hecke schläft, durch die erst nach 100 Jahren der Prinz zu dringen vermag, mit dieser alten Dornenhecke als Verteidigungsverhau in Zusammenhang.